

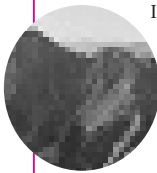
Hochschule



Obwohl fast überall behauptet wird, Chipkarten seine eine rundum gute Sewrviceleistung, bleiben mehr als nur Zweifel,

Seite 2

Gipfel



In Johannesburg erklommen nicht die „Dritte-Welt-Länder“ sondern natürlich die Interessen von Konzernen den Gipfel

Seite 3

Wahlen 2002



Wer nicht immer Golf fahren sondern spielen will, wählt angeblich die FDP. Das macht diese Partei aber trotzdem vollkommen überflüssig

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Unterschriften übergeben 117400 gegen rot-grüne Gebühren

Am 10. September präsentierte die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihren Haushaltsentwurf im Düsseldorfer Landtag. Darin enthalten sind massive Kürzungen der Zuwendungen für Flüchtlinge, Arme, Behinderte, den gesamten sozialen Bereich. Und natürlich die Einführung von Studiengebühren in NRW.

Neben Behinderteninitiativen und, wohl weniger ernst zu nehmen, dem Beamtenbund nutzte das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren NRW (ABS-NRW) diesen Anlass. Vor dem Landtag übergab es die 117.400 (vom Ministerium gezählt) Unterschriften, die während der landesweiten Proteste im Sommersemester gesammelt worden waren.

Um den Abgeordneten das Ausmaß der Ablehnung ihrer Gebührenpläne vor Augen zu führen, hatten rund 100 StudentInnen seit den frühen Morgenstunden die Wäscheleinen aufgebaut und an diesen die Unterschriftenlisten aufgehängt. Natürlich nicht die Originallisten

sondern A3-Kopie – liebevoll auf abwechselnd rotes und grünes Papier gedruckt. Damit auch jedeR mitbekommt, wem die StudentInnen Nordrhein-Westfalens diesen Angriff zu verdanken haben.

StudentInnen, die ein Zweitstudium belegen, das 60. Lebensjahr oder die so genannte Regelstudienzeit um drei bzw. vier Semester überschritten haben, sollen nach dem Willen rot-grüns 650 Euro pro Semester aufbringen. Weit über 150.000 der 500.000 StudentInnen in NRW sollen so zur Kasse gebeten werden, um – so MSWF-Staatssekretär Hartmut Krebs bei einem Besuch an der Universität Köln – einen „Solidarbeitrag für den Landeshaushalt zu leisten“.

Insgesamt 3,5 Kilometer lang wurde die Wäscheleine, die schliesslich ein beeindruckendes und vom Landtag aus wohl kaum zu übersehendes Bild ergab. In Anlehnung an eine Waschmittelwerbung aus den 80er Jahren witzelte ein Aktivist: „Der rot-grüne Riese – seine Sparkraft macht ihn so gefährlich.“

Das ABS-NRW, ein Bündnis von ASten, Fachschaftenvertretungen auf universitärer und Bundesebene, Gewerkschaften, einzelnen Uni-Leitungen und StudentInnenwerken

Mr. Burnes strahlt weiter Danke! Für den Atomausstieg ...

Die Atomindustrie pfeift den bayrischen Kandidaten umgehend zurück als dieser verkündet, das Gesetz zum Atomausstieg nach einem Wahlsieg sofort außer Kraft zu setzen. Denn dieses so genannte „Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie“ ist die wirtschaftlich optimalste Möglichkeit die 19 deutschen Atomkraftwerke bis zu ihrem technischen Zusammenbruch die nächsten 25 Jahre zu betreiben. Dabei wird die Kontrolle über Technik und Sicherheit dann auch noch in die Hände der Betreiber gelegt und die Milliarden an Steuergeschenken aus der Vergangenheit nicht angetastet. Mit anderen Worten, Atomkraftwerke bleiben, was sie sind: Gelddruckmaschinen für die BetreiberInnen und die größte technische und politische Bedrohung für die Menschen, die es zur Zeit gibt.

Von Ausstieg ist keine Rede, denn die Atomanlagen, die es noch gibt, sind überhaupt nicht

betroffen. Die Urananreicherungsanlage in Gronau darf ihre Kapazität um das 4fache erhöhen, der Atomreaktor Garching wird fertig gestellt und mit atomwaffenfähigem Uran betrieben, Siemens entwickelt weiter am europäischen Druckwasserreaktor, das Atomforschungszentrum Jülich soll Zentrum eines Projektes für Neutronenstrahlung und Kernfusion werden und das Land NRW stellt dafür schon mal 150 Millionen Euro bereit und hofft auf weitere Milliarden aus Brüssel. Eine Diskussion über diese Themen findet bei rot/grün nicht statt, sie haben damit die Anpassung zum politischen Programm erklärt. Das überschreitet die Grenze zur intellektuellen Feigheit.

**Atomkraftwerke als
saubere Alternative
zur Energieerzeugung**

Die Atommüllspirale beginnt mit der weiträumigen Verseuchung beim Abbau des Uranerzes in Afrika oder auf indigenem Land in Kanada und Australien. Auch in Deutschland lassen sich die katastrophalen Folgen des Uranabbaus erkennen. In Thüringen und Sachsen, wo zu DDR Zeiten Uran gefördert wurde sind riesige Arealen verseucht und ca. 7000 Beschäftigte an durch Radongas ausgelösten Lungenkrebs erkrankt oder gestorben. Das bei der Uranförderung frei werdende Radon schädigt darüber hinaus die Erdatmosphäre genau wie CO₂. Eine

Umweltbilanz, die alle Faktoren bei der Produktion von Atomstrom berücksichtigt, inkl. den immensen Energieverbrauch der für Förderung, Transport, Produktion von Brennelementen und Entsorgung notwendig ist, kommt zu niederschmetternden Ergebnissen für diese Art der Energieerzeugung.

**Uran als Brennstoff und
Waffe**

Die erste Weiterverarbeitung in Deutschland geschieht in der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau. Dort offenbart sich nicht nur die Lüge vom Atomausstieg, sondern gleichfalls die dumpe Phrase von der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“.

In Gronau entsteht bei der Urananreicherung nämlich quasi als Abfallprodukt abgereichertes Uran. Von diesem Stoff wurden etwa 350 Tonnen als Uranmunition während des Golfkriegs 1991 gegen den Irak eingesetzt, die Radioaktivität stieg in den betroffenen Gebieten auf das bis zu 84-fache (gegenüber „normal“) und die Zahl der schwer fehlgebildeten Neugeborenen ver Hunderte sich. 1999 schloss die NATO, also auch die Bundeswehr, unter Rosa-Olivgrün in 100 Angriffsfügen mit A-10-Flugzeugen rund 31.000 Geschosse mit insgesamt 10 Tonnen abgereichertem Uran auf Jugoslawien ab. Dieses Land wurde übrigens zum 3. Mal in diesem Jahrhundert (1914-1998) von deutschen Armeen angegriffen. Die Partei der Grünen hatte an diesen radioaktiven Uranbomben lediglich auszusetzen, dass ja deutsche Soldaten gesundheitlich geschädigt werden könnten.

Atomare Erstschlagsstrategien werden offen diskutiert und der Ein-

satz von sogenannten Mininukes für zukünftige Kriege in die militärische Planung ernsthaft mit einbezogen.

Aktuelle Untersuchungen in der Umgebung des Atomkraftwerkes Krümel zu den dort gehäuft auftretenden Leukämiefällen besonders bei Kindern deuten darauf hin, dass hier Versuche mit diesen Miniatombomben gemacht wurden und es dabei zu einer nicht geplanten Explosion kam.

**Vom Castor zur
Bombe**

Der deutsche Atommüll wird in den Plutoniumfabriken „Wiederaufarbeitungsanlagen“ in Sellafield (GB) oder La Hague (F) verarbeitet. Das dabei anfallende Bomben-Plutonium war in den 50er und 60er Jahren der einzige Grund, die Atomtechnik durch massive staatliche Subventionen überhaupt erst zu ermöglichen. Der Vorgänger des Kandidaten, Rechtsextremist E.J. Strauß war einer der führenden Protagonisten des bundesdeutschen Atomprogramms.

Der im November anstehende Castortransport nach Gorleben wird auch dieses Jahr wieder Schwerpunkt der Proteste dieser Politik vom Versprechen zum Verbrechen entgegenzutreten!

Horst Hohmeier

**Infoveranstaltung am 25.
September 2002, Bahnhof
Langendreer (Raum 6),
Beginn 20:00 Uhr**

stellte in einem Brief an die Landtagsabgeordneten erneut seine Position dar: „Wir bitten Sie, die vorgelegten Gesetzesentwürfe abzulehnen.“

Ausnahmen sind für'n Arsch

Neben eine generelle Kritik von Studiengebühren stellte das ABS dabei eine Ablehnung des konkreten Gesetzesentwurf: „Die angeblich großzügigen Ausnahmeregelungen sind nicht annähernd in der Lage, einen sozialen „Abfederung“ zu schaffen.“ StudentInnen, die in akademischen oder studentischen Gremien arbeiten, erhalten für ihre oft jahrelange Arbeit einen maximalen Aufschub von zwei Semestern, studentische

Anzeige

Fortsetzung auf S. 2 ...

Seit Jahren warnen Asten vor der Chipkarte Verdatung bedarf Kontrolle!

Rock the City

Die Antifa Hagen ruft für den 21. September zu einer antikapitalistischen Demonstration in der Hagener Stadtmitte auf. Beginn ist um 13.30 Uhr an der Bahnhofstr./Graf von Galen Ring, gegenüber vom Hauptbahnhof. Anschließend wird um 15 Uhr zu einem Umsonst- und Draußen-Konzert im Volkspark am Ende der Bahnhofstraße eingeladen. Die BesucherInnen werden sich an den Klängen von Stroh (Ska aus Spanien), Rotes Haus aus Hamburg, Microphone Mafia und Lords op d'r hing aus Köln sowie Judy's May Day aus Hagen ergötzen können. So kurz vor der Bundestagswahl wollen die VeranstalterInnen aufzeigen, inwiefern sich die kapitalistischen Verhältnisse auf die Menschen in diesem „Sozialstaat“ auswirken, die nicht so recht in die „Normal“-Schablone passen wollen. Ob nun eine oder gleich mehrere der Kategorien „Frau“, „MigrantIn“, „Arbeitslos“, „Unsportlich“, „Unfashionable“ usw. zutreffen, die Masse der VerliererInnen in diesem System hält sich mit der Minderheit der Gewinnenden schon lange nicht mehr die Waage. Ehe also die Schill-ernte Welt der Inneren Sicherheit mit der von der Jungen Union schon geforderten Bürgerwehr in der neu retouchierten Hagener Innenstadt ihren Einzug halten kann, kommt und besetzt für wenigstens einen Tag die Neue Mitte.

Clement die Meinung sagen!

„Lasst die Studenten doch protestieren, das ist doch nur ein Strohhalm“ – mehr hatte Clement nicht zu den Protesten mehrerer zehntausend StudentInnen im Sommersemester zu sagen. Unter dem Motto „Wir lassen uns diese Arroganz nicht länger bieten“ rufen aktive StudentInnen dazu auf, den Auftritt des Herrn Clement am heutigen Mittwoch nicht unkommentiert zu lassen. Treffpunkt für alle Protestwilligen ist um 15.00 vor der Mayerschen Buchhandlung in der Bochumer Innenstadt

Rambo Schill

Beim Wahlkampfauftritt für seine Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) in Dortmund machte der Rechtspopulist und Hamburger Innensenator Roland Barnabas Schill seinem Ruf als Law-and-order-Verfechter alle Ehre. So forderte er in rassistischer Gangart „kriminelle Ausländer sofort raus“ und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Viele wollten sich das jedoch nicht bieten lassen und protestierten mit Trillerpfeifen und Sprechchören gegen Schills rassistische Hetze. Als Schill dann die Vertreibung sogenannter sozialer Randgruppen propagierte, versuchte ein junger Mann mit seinem Hund in die Nähe der Bühne zu gelangen, um als Betroffener von Innenstadtvertreibung zu protestieren. Obwohl mehrere Dutzend Polizeibeamte Schill ausreichend schützten, zogen zwei Personenschutz der Hamburger Polizei ihre Pistolen, entscherten diese, um anschließend auf die DemonstrantInnen zu zielen. Währenddessen konnte eine Gruppe Neonazis aus dem Umfeld der Kameradschaft Dortmund AntifaschistInnen bedrohen, unbeteiligt vom anwesenden Dortmunder Staatsschutzbeamten Meschke. Die Dortmunder Polizei war später natürlich für keine Stellungnahme zu erreichen, die Hamburger Kollegen sahen keinen Grund zur Kritik, statt dessen meldete sich jedoch das Düsseldorfer Innenministerium zu Wort und kritisierte mit scharfen Worten die „unangemessene Reaktion“ der Beamten als „äußerst fragwürdig“. Auch die Dortmunder DirektkandidatIn und innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der PDS, Ulla Jelpke kritisierte die Aktion als überzogen und kündigte eine kleine Anfrage im Bundestag an.

Hallo Herr Kaiser

„Die kleine Welt des Herrn Kaiser und andere sehr kurze Geschichten“ beschreibt ein Buch von Pedro Holz, das am kommenden Freitag, dem 20. September, um 19.00 Uhr in der Bochumer Volkshochschule vorgestellt wird. Herr Kaiser ist der deutsche Nachbar einer MigrantInnenfamilie. Pedro Holz schreibt seit Anfang der 50er Jahre, verstärkt aber seit dem Putsch 1973, zunächst nur in spanischer, dann in deutscher und heute wieder in seiner spanischen Muttersprache. Er verfasst vor allem Kurzgeschichten, deren Handlungsorte Chile und die BRD sind. Während seines 15-jährigen Exils in Bochum erschienen seine Kurzgeschichten in verschiedenen Zeitschriften. Die Kurzgeschichten spielen in Deutschland und Chile. Sie erzählen selten spektakuläre Dinge, aber die vielen kleinen Begebenheiten, die zeigen was beide Gesellschaften an Elend, Niederlagen, Krankheiten und Diskriminierungen produzieren. Buchtipps: Pedro Holz: Die kleine Welt des Herrn Kaiser und andere sehr kurze Geschichten, ASSO-Verlag, September 2002, 92 Seiten, 6,- Euro.

Schon seit Einführung der Chipkarte an der Ruhr-Universität warnen Asten und Fachschaften vor den gefährlichen Möglichkeiten, die in dieser Form des Studiausweises enthalten sind. Die Unileitung tat diese Bedenken als Paranoia ab. Das Beispiel der Universität Gießen dagegen zeigt: Früher oder später wird mit der Chipkarte gemacht, was möglich ist. Die bsz bedankt sich an dieser Stelle beim AstA der Uni Gießen, der uns den folgenden Artikel zur Verfügung stellte. Und sie weist auf die Möglichkeit hin, die Chipkarte gegen eine geringe Bearbeitungsgebühr gegen einen schicken retro-Studiausweis umzu-tauschen.

Eigentlich haben wir uns schon an eine Menge Chipkarten gewöhnt: Telefonkarte, EC- und Kreditkarte, Krankenkassenkarte, SIM-Karte, BahnCard, etc. Die inzwischen technisch gegebenen Möglichkeiten führen in der Tendenz zu sogenannten Multifunktionskarten, das bedeutet, eine Karte kann für mehrere Zwecke genutzt werden. Multifunktionskarten werden nun gerne an Hochschulen getestet, anscheinend eignet sich die Struktur des StudentInnenlebens hervorragend zu Evaluationszwecken. Auch wir in Gießen dürfen uns jetzt freuen, als Feldversuch respektive Pilotprojekt für eine grundlegende chipkartenorientierte Umstrukturierungsmaßnahme an der Justus-Liebig-Universität zu dienen.

Plastik statt Papier

Die Chipkarte wird den herkömmlichen Studienausweis ablösen, und zwar fälschungssicher, da auf die Karte ein Lichtbild aufgedruckt wird, weiterhin dient die Karte als RMV-Ticket, Bibliotheksausweis, als elektronischer Ausweis beim generellen Zugriff auf Server-Dienste der Hochschule via Internet, als elektronische Geldbörse im Hochschulbereich, z. B. bargeldloses Zahlen in der Mensa und schließlich als individueller, elektronischer Türschlüssel beim Zugang zu Gebäuden und Räumen, evtl. auch Parkplätze im Bereich der Universität. Weiterhin angedacht u. a. Rückmeldung über die Chipkarte, Seminaranmeldung, Prüfungsanmeldung, hochschulinterne Wahlen mit Stimmabgabe über das Internet. Weitere Details siehe auch Informationen des HRZ auf <http://www.uni-giessen.de/chipkarte>

Komfort- und Funktionsgewinn

Unileitung und das HRZ bewerben die Chipkarte mit dem umfangreichen „Komfort- und Funktionsgewinn“ und stellen diese als technische neue Errungenschaft in eine Reihe mit „Eisenbahn, Auto, Flugzeug, Telefon“, um so die Kritiker („Gegner“) der Chipkarte als modernisierungsfeindliche Amish/People abzustempeln. Nun behauptet auch der AstA der JLU die Einführung der Chipkarte kritisch, wobei es uns in erster Linie aus datenschutzrelevanten Gründen auf die Kontrollierbarkeit der anfallenden Daten und Verhinderung von marktwirtschaftlich verwertbaren Persönlichkeits- und Bewegungsprofilen, sowie auf den Ausschluss von Repressionsmechanismen ankommt. Im folgenden möchte ich einen kurzen Abriss zu den Voraussetzungen und Begleiterscheinungen solcher einer Umstrukturierungsmaßnahme geben, die Problematik der Verdatung als solche beschreiben, um so die zu kritisierenden Punkte an der Einführung der Chipkarte zu verdeutlichen.

Mit der Chipkarte funktioniert es reibungslos!

Die Chipkarte wird eingeführt, da durch diese StudentInnen und Universitätsverwaltung Geld und Zeit sparen können und das ist per se nichts schlechtes. Neben dieser Geld- und Zeitersparnis muss aber auch auf die Schattenseiten hingewiesen werden, die in schon laufenden Projekten abzusehen sind. Jede Nutzung der Chipkarte bedeutet Datenaustausch und Speicherung von Daten, in den meisten Fällen personenbezogen. Universitätsleitung und HRZ betonen immer wieder, dass in allen Funktionen, die die Chipkarte leisten soll, die Benutzerin der Karte stets anonymisiert wird. Anonymes Bezahlen in der Mensa beispielsweise soll angeblich gewährleistet werden, indem auf dem kontaktlosen Chip (der beim Bezahlvorgang mittels Geldbörse zum Einsatz käme) der Name der Inhaberin nicht vermerkt ist und außerdem als Co-Prozessor-Chip vom kontaktbehafteten Chip (auf dem der Name gespeichert ist) abgekoppelt ist. Jeder, der/die sich auch nur ansatzweise mit der Technik von Chipkarten auseinandergesetzt hat, weiß, dass die Abkoppelung des Co-Prozessor-Chips eine Anonymität lediglich vorgaukelt. Denn, sowohl der kontaktbehaftete Chip, als auch der Co-Prozessor-Chip verfügen über eine eindeutige sog. Ident-Nummer (Seriennummer); der Universitätsverwaltung ist natürlich der

zugehörige Name zu jeder Ident-Nummer bekannt. Die individuelle Datenspur bleibt, auch wenn beim Bezahlen in der Mensa der Name nicht auf dem Bildschirm der Kassierin auftaucht! Diese Datenspur zeichnet anhand der Gewohnheiten des/der einzelnen StudentIn ein recht genaues Bild des individuell organisierten Studienalltags in Bezug auf die Anzahl und die Auswahl der besuchten Seminare, Essgewohnheiten, ausgeliehene Bücher, Säumnisgebühren, abgerufene Dienste von Servern des HRZ, Zeit und Ort der betretenen Räumlichkeiten auf dem Campus, selbst getätigte Fahrtstrecken im RMV könnten technisch erfasst werden.

Der Hochschulalltag mit Chipkarte wird zu einer völlig veränderten Studien- und Lebenssituation führen. Diese Veränderung wird gerade mit der Diskussion zu Hochschulreformen zu einem Paradigmenwechsel führen: In der neoliberalen Diskussion um eine Stärkung des Ausbildungscharakters der Hochschule, wird das Studium immer weniger ein persönlichkeitsbildender Lebensabschnitt; die Ausbildungsmaschinerie als Fitmacher für den marktwirtschaftlichen Alltag funktioniert mit Chipkarte natürlich sehr viel besser. Dass das BAföG an Prüfungsleistungen zu koppeln wäre, ist schon lange in Diskussion, und die BefürworterInnen setzen für den einfachen Datenabgleich auf Datensätze der Chipkarte.

Hochschulreformen mit der Chipkarte leicht gemacht

In der seit mehreren Jahren laufenden Diskussion über die Reform der Hochschule wird die Chipkarte um so bedeutungsvoller. In der laufenden Diskussion werden als Reform folgende Punkte angebracht: Die generelle Studienzeitverkürzung, wobei strikte formale Regelungen angedacht sind, die Qualität der Lehre steht leider nicht zur Diskussion. Grundsätzlich soll die Hochschulorganisation gestrafft

werden, ebenso die Studienorganisation des einzelnen Studierenden. Parallel dazu sollen die Studierenden durch stärkere Reglementierungen der Studiengänge besser kontrolliert werden, was dann hübsch „mehr Orientierung“ genannt wird. Anstelle eines Diskurses über Qualität der Lehre wird durch Evaluation (als Mittel eines betriebswirtschaftlichen Controllings, sic!) eine Kontrolle der Lehrenden vorgeschummelt. Als wohl brisanter Punkt in der Diskussion um Hochschulreform tritt last not least die Einführung von Studiengebühren, für Erstmanchmal nur für Zweitstudium und sog. „Langzeitstudenten“ (siehe auch Artikel zu Studiengebühren).

Im Bereich Prüfungs- und Studienorganisation sind die möglichen Auswirkungen der Chipkarte wohl am drastischsten. Sollten die Anmeldung zu Prüfungen und Lehrveranstaltungen automatisiert werden, könnte ein nicht angemeldete Lehrveranstaltung durch die Raumzugangs-kontrolle eventuell nicht mehr zu besuchen sein und würde dann natürlich auch nicht für Prüfungen anerkannt werden. Umgekehrt könnten auch verbindliche Anmeldungen zu Prüfungen (und Terminen) Voraussetzungen für den Besuch bestimmter Lehrveranstaltungen werden. Auch die Erhebung und Berechnung von Studiengebühren und Prüfungsgebühren ließe sich an die belegten bzw. zu belegenden Lehrveranstaltungen koppeln. Natürlich, so hört man Befürworter der Chipkarte rufen, lässt sich das alles auch ohne Chipkarte realisieren, sei also kein Argument gegen diese. Tatsächlich jedoch sind diese Koppelungsvorgänge im Hinblick auf eine Automatisierung nur durch die Funktionen der Chipkarte zu realisieren. Ähnliches gilt für eine automatisierte Anwesenheitskontrolle, genauso wie für eine regelmäßige Kontrolle der zu belegenden Veranstaltungen, deren Anzahl in vielen Studiengängen um einiges höher liegt, als die scheinrelevanten. Die Zahl der angemeldeten und/oder anwesenden Studierenden kann so automatisch zur Evaluationsgrundlage werden.

Christina Romhányi

(Referentin für Data.Pop des AstA der Justus-Liebig-Universität Gießen)

Fortsetzung in der nächsten bsz.

... Fortsetzung von Seite 1

Wir zahlen nie!

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte gibt es etwa fünf bis zehn in ganz NRW, betroffene BAföG-EmpfängerInnen nach Angaben verschiedener StudentInnenwerke überhaupt keine. Auch StudentInnen, die Kinder erziehen, haben sehr unterschiedliche Studienbelastungen, die sich kaum von den vorgeschlagenen Ausnahmeregelungen adäquat erfassen lassen.

Noch mehr Schulden?

„Studiengebühren durch zinsgünstige Kredite zu finanzieren, ist angesichts der bereits bestehenden BAföG-Schulden vieler Betroffener ein unersöser Vorschlag.“ stellt das ABS klar. Des Weiteren fehlen nach Ansicht des ABS in den vorliegenden Gesetzesentwürfen der Landesregierung jegliche Übergangsregelungen für StudentInnen, die ihr Studium vor Inkrafttreten des Gesetzes begonnen und sich auf anhaltende Gebührenfreiheit verlassen haben. Schließlich hatte rot-grün ein bundesweites Gebührenverbot versprochen und die betroffenen Studis können sich völlig zurecht als hinterhältig reingelegt fühlen. Des weiteren verweist das ABS auf demokratietheoretische Probleme der NRW-Pläne: „Der geplante Übergang zu einem Studienkontenmodell, das die Strafgebühren in erster Linie neu berechnet und umbenennet, ist in hohem Maße undemokratisch: Der Landtag soll hier seine Gesetz-

gebungskompetenz an das Bildungsministerium abtreten, das freie Hand bekommt, das grob skizzierte Modell umzusetzen.“

Ausgerechnet in der Abschlusphase

Studiengebühren und -konten treffen StudentInnen vor allem in der ohnehin finanziell schwierigen Studienabschlusphase. Das ABS prognostiziert: „Wie in Baden-Württemberg oder anderen Ländern und Staaten werden Gebühren nicht zu einem zügigen Studienabschluss, sondern zu früheren und häufigeren Studienabbrüchen führen.“

In den letzten zehn Jahren hat sich das durchschnittliche Studienabschlussalter nach ABS-Angaben um etwa ein Jahr erhöht, was angesichts immer zahlreicher werdenden StudienanfängerInnen mit abgeschlossener Berufsausbildung, aber auch der sich stetig verschlechternden Studienbedingungen, wenig verwundern kann.

Falsche Politik ist das Problem

„Das Problem der Hochschulen sind keine angeblich schmarotzenden Langzeit- und ZweitstudiumstudentInnen!“, brachte das ABS die Sache abschließend auf den Punkt und fordert: „Das gesamte Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Weiterbildung braucht vor allem ausreichende Finanzmittel, mehr und besser ausgebildetes Personal, demokratische Strukturen und eine angemessene finanzielle Unterstützung der BildungsteilnehmerInnen.“

Wenn Eigeninteressen den Gipfel erklimmen Erklärt Johannesburg

Egal an welchem bedeutenden Ort der Welt sich der Gipfel befindet, so wie vor wenigen Tagen in Johannesburg: der Prophet in Gestalt supernaturaler Wirtschaftsinteressen scheint schon da zu sein – und einen weitaus längeren Schatten zu werfen als die jeweilige lokale Erhöhung.

Über fehlende Aufmerksamkeit wird sich der „Nachhaltigkeitsgipfel“ in Johannesburg wohl nicht beklagen können. Nachgeholfen hat hierbei eindeutig Kommissar Zufall – ausgerechnet wenige Wochen vor dem umfangreichen Konferenzmarathon, zu dem über zehntausend PolitikerInnen, VerbandsfunktionärInnen, LobbyistInnen, NGO-Abgesandte und ihre wahlweise rechten oder linken Hände die heimische Bettstatt mit einem vollklimatisierten Hotelzimmer in der Hauptstadt Südafrikas tauschten, um über Auswege aus der sozioökonomischen Entwicklungsspirale zu verhandeln, sucht eine enorme Flutwelle den ohnehin wahlkampfrelevanten bundesdeutschen Mezzogiorno heim. Und die deutschsprachigen Medien überbieten sich gegenseitig in ökologischer Betulichkeit. Dieses Verhalten ist einerseits nahelegend, da der vor sich hinbröselnde Wahlkampf nun wirklich nicht genug Nahrung für die Presse liefert, andererseits infam, vergleicht man einmal die Auswirkungen des modernden Schlamms an Oder und Elbe mit den verheerenden Folgen der fast zeitgleichen Unwetter in Mittelasien, die tausende das Leben und Millionen ihr Obdach gekostet haben.

Immerhin, innerhalb der deutschen SchreiberInnenzunft ist nun keine Stimme mehr zu vernehmen, die einen kausalen Zusammenhang zwischen dem über Generationen betriebenen Einsatz fossiler Brennstoffe und einer Destabilisierung globaler Klimamechanismen

bestreitet oder letztere gar als Hirngespinnst oder Meßfehler abtut. Einige JournalistInnen werden auch gelernt haben, wie Abholzung von Wäldern und unterirdische Trinkwassergewinnung die Versteppung der Landschaft befördert, und wie dies wiederum Hungersnöte und Katastrophen begünstigen kann. Der ein oder andere wird vielleicht sogar wissen, daß Erosion nicht das ist, was aus einer Spraydose kommt. War doch sogar neulich in der ZEIT die zwar vage, aber wenigstens größenordnungsmäßig wohl stimmige These zu finden, diese Flut sei die Folge unseres Lebensstils der achtziger Jahre.

Günstige Voraussetzungen also, sollte man meinen, um jedem/r GipfelteilnehmerIn die Dringlichkeit der Probleme vor Augen zu führen und die Kompromiss- und Entscheidungsfähigkeit des Treffens zu begünstigen, auf dass es nicht erneut zu windelweichen Absichtserklärungen mit Aufschub bis zum nächsten Gipfel komme. Wir erinnern uns: Das im Dezember 1997 unter dem Dach der UNO ausgehandelte Kyoto-Protokoll sah die Reduktion der Emission der wichtigsten für den Treibhauseffekt verantwortlich gemachten Gase um grade mal sieben Prozent, gemessen am Stand 1990 bzw. 1995, etwa innerhalb der kommenden zehn Jahre vor. Auf Drängen der US-amerikanischen Delegation durften Staaten dabei sogar Kohlendioxid-Senken anrechnen. Weiterhin einigte man sich auf den atemberaubenden Deal, international mit Emissionsrechten handeln zu dürfen – so können Industriestaaten der Nordhalbkugel quasi auf Rechnung der dritten Welt Kohlendioxid in die Luft blasen. Dem Projekt den Todesstoß versetzte jedoch der damalige US-Präsident Bill Clinton: es sei ja nicht einzusehen, dass die Vereinigten Staaten sich so einschränken müssten, ohne dass die Länder der Dritten Welt auch angemessen beteiligt würden. Und verweigerte die Ratifizierung. Doch nicht nur in Klimafragen hat die Gipfelitis der letzten Jahre bitter versagt, so fielen beim im vergangenen Jahr vollmundig angekündigten Schuldenerlass für Drittländer lediglich ein paar Almosen ab.

Man hatte sich so vieles vorgenommen für Johannesburg: der Armut den Kampf ansagen wollte man, drängende Fragen der Globalisierung hinsichtlich der Handelsbeschränkungen für Produkte aus dem armen Süden klären. Über sauberes Wasser, gesunde Nahrung und klimafreundliche Energie wollte man reden, sogar die heikle Rolle multinationaler Konzerne bei der Ausbeutung wichtiger Ressourcen und der Belastung der Gewässer in Afrika sollte kein Tabu sein. Doch es scheint so, als

hätte US-Präsident Bush, der Erfinder des Schurkenstaats, selbst in Abwesenheit (als einziger Staatschef der G7-Gruppe) dem Gipfel seinen Stempel aufgedrückt. Noch kurz zuvor hatte er sein Beharren auf der Nichtteilnahme an den internationalen Klimabemühungen bekräftigt, und die Entscheidungen des Gipfels waren maßgeblich von den Interessen US-amerikanischer Großkonzerne geprägt: so wußte die amerikanische Verhandlungsdelegation geschickt das (nicht ganz uneigennützige) Vorpreschen Deutschlands in Sachen erneuerbarer Energien zu verhindern, warf sich dafür aber mächtig für die Wasser- und Sanitärversorgung in den ärmsten Ländern ins Zeug. Kein Wunder, schließlich hofft man damit bis zu 100 Milliarden Dollar an UN-Subventionen über den Umweg der Bauwirtschaft auf den amerikanischen Markt zu spülen. Daheim rühmt man sich ob seiner entwicklungspolitischen Programme: etliche Milliarden ist Washington bereit, springen zu lassen, etwas guten Willen bei den Entwicklungsländern vorausgesetzt. Demokratie, Menschenrechte, und selbstverständlich Öffnung der Märkte und Liberalisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens, „good conduct“ lautet die offizielle Sprachregelung. Und angesichts von Hungersnöten, AIDS und Analphabetismus läßt man sich ja gern kolonialisieren.

Liberalisierung hatten sie gefordert, Liberalisierung haben sie bekommen – statt eines erleichterten Zugangs zu den Märkten der Industrienationen für ihre landwirtschaftlichen Exportprodukte, den die EU zu verhindern wußte, dürfen sich die Dritte-Welt-Länder nun darüber freuen, ihre eigenen Märkte für infrastrukturelle Dienstleistungen aus Amerika öffnen zu müssen. Da wird sich der arme afrikanische Maisbauer wahrlich freuen, wenn neben gentechnisch verändertem Saatgut, das in der ersten Generation unfruchtbar ist, nun auch CARE-Pakete mit Wasserrohren über den Ozean geflogen werden. Irgendwie wird er sich dabei übers Ohr gehauen fühlen, doch hätte er gewusst, wer ihn offiziell auf den Verhandlungen vertritt, hätte er es zumindest ahnen können. So standen sich scheinbar ausschließlich Vertreter gewaltiger Wirtschaftszweige, allen voran der Kohle- und Erdölindustrie, gegenüber. Auch auf der Seite unseres Maisbauern, denn die OPEC stellte die einflussreichste Gruppe innerhalb der Entwicklungsländer. Wer also Subsidiarität erwartete, muß reichlich naiv sein, wer auf die Förderung erneuerbarer Energien hoffte, letztlich völlig weltfremd.

Während nun europäische Politiker ihre peinliche Schlappe zu vertuschen und die Verhandlungen verkrampt als minderen Erfolg zu verkaufen suchen, sehen die NGOs, also die zahlreichen Umwelt-, Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, die Interessen derer, um die es eigentlich gehen sollte in Johannesburg, zwischen denen der internationalen Multis zerrieben. In ihren Augen war der Gipfel der erzielten Ergebnisse wegen nicht das Kerosin wert, das zum An- und Abtransport der Teilnehmer verbraten wurde. „Wir schämen uns für diesen Gipfel!“ Zu recht, denn es war nicht der Gipfel der armen Länder. Es war der Gipfel unverhohlener wirtschaftlicher Interessenspolitik.

Thomas Stratmann

Anzeige



:bsztermine

Mittwoch, 18. September

Offenes Antifa-Café

Dokumentarfilm über die inzwischen aufgelöste Gruppe der Tutte Bianchi.
18 Uhr, Heinz-Westphal-Haus, Dorstener Straße 262, Herne-Wanne

Samstag, 21. September

Antikapitalistische Demo + Konzert

„Wir haben schon lange gewählt“
13.30 Uhr, Hagen, Innenstadt
& ab 15 Uhr im Volkspark (Ende der Bahnhofstr.)

umsonst und draußen

mit Stroh (Ska aus Spanien) - Rotes Haus (Hamburg) - Judy's Mad Day (Hagen) - Microphone Mafia (Hip Hop aus Köln) und anderen
Mehr Infos: <http://www.antifa-hagen.tk/>
Bahnhofstr./Graf v. Galen Ring (direkt gegenüber vom Hbf), Hagen

„Aufarbeitung der Vergangenheit“

Vorträge mit Harald Welzer (Sozialpsychologe, Hannover), Günther Jacob (freier Journalist, Hamburg), Ulrich Herbert (Historiker, Freiburg)
mehr Infos unter: www.rote-ruhr-uni.org
ab 16.00 Uhr, Kokerei Zollverein, Essen

Pop und Wort

Vortrag von Martin Büsser zu Strategien politischer Texte in der Popmusik.
20 Uhr, Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf.

Sonntag, 22. September

„Nationalsozialismus und Antisemitismus“

Seminar zu Moishe Postones Antisemitismustheorie
nähere Infos unter: www.rote-ruhr-uni.org
12.00 Uhr, Kokerei Zollverein, Essen

Montag, 23. September

Odyssee – Kulturen der Welt

Werkstattgespräch „Antirassismus offensiv für ein Recht auf Legalisierung“, mit Massimo Perinelli, Kanak attack, Köln
20.00 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Dienstag, 24. September

Ruhr-Koordination

Die Gewerkschaftslinken im Ruhrgebiet: Aktuelle Konflikte, Kämpfe und Initiativen im Revier und unsere Zukunft nach der Wahl
18.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Mittwoch, 25. September

Hans-Jürgen Borchardt

Der geliebte Feind – Kubas Blick auf die USA
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6) Bochum

Samstag, 28. September

LOTTA Party

die LOTTa (NRW-weite Antifazzeitung) feiert ihr zehntes Erscheinen mit Live-Musik, Buffet, uvm.
20.00 Uhr, Druckluft, Oberhausen

Dienstag, 1. Oktober

Zweierlei Holocaust

Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands mit: Moshe Zuckermann (Direktor des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv)
20.00 Uhr, Zeche Carl, Essen



Wer immer grinst, lacht nie zuletzt

Global Golf Players

Wenn Guido Westerwelle seine Mundwinkel froschgleich bis zu den Ohren hochzieht, so scheint er dazu allen Grund zu haben: Die beiden potentiellen Koalitionspartner der FDP liegen gleichauf. Guidos Yellow Troop kann sich locker zurücklehnen; sie muss sich erst nach der Wahl entscheiden, zu wem sie ins Bett springt. Kann ihr auch generell egal sein, sie ist ja begehrt. Sie kann den Preis für's Ja-Wort noch ein wenig treiben, Hauptsache, hinterher macht's Spaß.

Dass die Rechnung nicht aufgehen muss, kann man mit ein wenig Rechnen erkennen: Sobald die PDS die 5% oder 3 Direktmandate schafft, ist's wohl Essig mit der Traumhochzeit. Denkbar sind dann Koalitionen wie SPD / Grüne mit PDS-Duldung, SPD / Union und – har, har – SPD / Grün / Yellow.

Die erste Variante erscheint eher unwahrscheinlich, da sich die SPD nicht nur wahlkampftaktisch von der anderen sozialdemokratischen Partei abgrenzen muss, sondern auch zu „beweisen“ hat, dass links von ihr zumindest in Sachen sozialer Perspektive kein Platz ist. Die große Koalition kommt gar nicht gut an, da sonst offenbar wird, dass sich SPD und CDU lediglich graduell in ihren Inhalten unterscheiden und eigentlich fusionieren müssten. (Außerdem dürfte die SPD von diesem Zeitpunkt an den Buchstaben „S“ offiziell aus dem Namen streichen.)

Bleibt nur noch die Ampel. Sollte im letzteren Fall die FDP aufmüpfen oder gar drohen abzuspringen, so ist der SPD zuzutrauen, dass sie auf stabile Mehrheiten verzichtet – wie in anderen Ländern üblich – und die PDS Karriere machen lässt (wonach diese „angekommen“, „politikfähig“, kurz, korrumpiert sein wird). Im Gegensatz zur Variante 1 könnte sie notfalls die PDS taktisch einbinden und vorführen.

Wie auch immer: Die Zerstörung des Sozialstaates wird fortgesetzt, die anderen Staaten auch, und Steuern müssen Großunternehmen eh' nicht mehr zahlen, kriegens' halt noch mehr Kohle in den Allerwärtesten geschoben – mit oder ohne Liberale.

Wozu aber gibt es überhaupt eine FDP, wenn doch in den anderen Par-

teien alles wie geschmiert läuft? Es zeigt sich jedoch immer wieder, dass in letzteren inzwischen zu viele Lobbys (engl.: pressure groups) mit zu vielen widersprüchlichen Interessen rumhängen. Damit alles reibungsloser funktioniert schicken die Golfspieler ihren Privatclub als Korrektiv ins Rennen – um den „Volksparteien“ klar zu machen, wo der Hammer hängt.

Wer denn alles Golf spielt, wird man des Öfteren gefragt. Ich weiß es nicht, solche Leute kenne ich nicht, und diese wollen sich auch nicht mit meinsgleichen abgeben. In Käse-Blättchen und TV-Magazinen tauchen Skandalnudeln wie die Naddel oder Neureiche wie Boris Becker auf – für die BMW-Hauptgeigner der Familie Quandt oder für die Sippschaften Porsche, Krupp, etc. ist solch ein Auftreten völlig inakzeptabel: Warum soll man sich mit solch unstandesgemäßen Emporkömmlingen abgeben? Wozu Staub aufwirbeln? Ne, lieber Golf spielen und genießen.

Der Glaube kann ...

Für diese erlauchten Persönlichkeiten erfüllt die FDP den Kampfauftrag, in möglichst vielen und unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen den Wunsch zu wecken, irgendwann einmal Golf spielen zu dürfen statt bis zum Lebensende damit fahren zu müssen, ganz so als hätten Arbeitslose, Mittelständler, Zahnärzte, Börsenbroker und Konzernmanager die selben Interessen wie das Original: Das Kollektiv der Konzerneigner, vulgo Shareholder. Die engagierten sich übrigens in den 20'er und 30'er Jahren des 20. Jahrhunderts zur Stabilisierung ihrer herrschenden Verhältnisse auch schon mal direkt politisch, indem sie den erfolgversprechenden Newcomern der NSDAP finanziell unter die Arme griffen. Welche Traditionslinien die FDP diesbezüglich heutzutage verfolgt, insbesondere ob Oberspaßmacher Möllemännchen sich hier verortet, bleibe dahingestellt.

... Zwerge versetzen

Wer jedoch der Illusion einer heilen Welt mit Swimmingpool und Porsche aufsitzt, muß klein anfangen. Z.B. als 18(!)-jähriges Blag nach dem Einser-Abitur eine eigene FunSport-Boutique eröffnen, zügig BWL studieren – und in jeder Lebenslage das einstudierte Guido-Grinsen bewahren.

Die Fit-for-fun-Politik soll also nicht nur im eigentlichen Sinne politisch wirken, sondern vielmehr kulturell und ideologisch binden:

Jeder Schmied ist seiner eigenen Ich-AG Shareholder-Value. Politischer Rückschluß: Wer sich freiwillig der Sendung „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ hingibt, wählt auch FDP. Und das macht auf Dauer garantiert keinen Spaß. 18 Stimmen sind genug !!!

Jörch Schönewerk

Außerdem zur FDP:

Klartext redet jetzt die FDP. Hieß es nach der Debatte um Jamal Karslis und Jürgen W. Möllemanns antisemitische Sprüche noch, man wolle nicht damit auf die Jagd nach WählerInnenstimmen gehen, war Möllemann im Anschluss bei vielen Ortsverbänden seiner Partei zu Gast, die meist darauf bestanden, ihn bewusst wegen seines „Muts“ eingeladen zu haben. Seit Wochen kann man nun Plakate mit dem Konterfei Jürgen W. Möllemanns, mit der Parole „Klartext. Mut. Möllemann.“ begutachten. Die Botschaft ist klar, Möllemann sagt was man nicht sagen darf, in dem er ein angebliches Tabu behauptet – man darf Israel nicht kritisieren – und in diesem Zusammenhang den Zentralrat der Juden in Deutschland als finstere, repressive Macht darstellt, um dann das angebliche Tabu medienwirksam zu brechen. „Einer wie wir.“ lautet es auf dem Plakat. Einer der denkt wie die 16 oder mehr Prozent Antisemiten in der deutschen Bevölkerung. Als wäre das nicht schon genug Klartext, versandte die Partei Faltblätter an viele Haushalte. Auf diesen prangt wieder Jürgen M., mit dem Slogan „So klar war ihre Stimme noch nie“, was auch kaum zu bestreiten ist. Denn so offen wie in diesem Heft hat sich die FDP selten positioniert. Es portraitiert Möllemann, Sharon und Friedman. Möllemann als friedensschaffenden FDP'ler, Sharon als Kriegstreiber und Friedman als Bösewicht, der den armen Jüden W. M. – natürlich zu Unrecht – als antisraelisch und antisemitisch brandmarkt. Aber Möllemann lassen diese „Attacken“ natürlich kalt, er ist ja ein mutiges Kerlchen, weshalb man ihn denn auch wählen soll, damit er sich für eine „gerechte Lösung“ engagieren kann, so die Aussage. Denn in einen Krieg im nahen Osten, so lernen wir von der FDP, könnte „auch unser Land schnell hineingezogen werden“, was, um ebenfalls einmal Klartext zu sprechen, in Anbetracht der Tatsache, das es vor Möllemann schon andere, antisemitische Phrasen dreschende deutsche Schnauzbarträger in der deutschen Politik gab, irgendwie fast schon klingt wie eine Drohung.

:bszkonsumterror

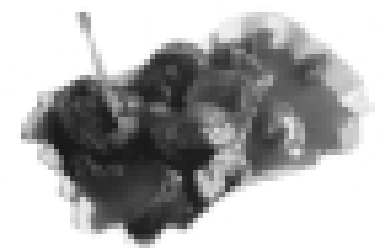
Chio Chips – Curry Ketchup

Wer hat sie in früher Jugend nicht geführt, die endlosen Debatten darüber, welche Chips besser schmecken? In diesen Diskussionen verhielten sich die AnhängerInnen der Chio-Chips meist deutlich dogmatischer, wohl wissend, dass sie einer Minorität angehörten. Und spätestens seit dem neusten Produkt aus dem Hause Chio ist diese Auffassung wohl noch schwerer zu begründen als jemals zuvor.

Ich habe es aufgegeben, denn Chio hat kürzlich Kartoffelchips mit Curry-Ketchup-Geschmack auf den Markt gebracht. Das ist schlicht nicht mehr zu rechtfertigen, auch nicht mit den ansonsten hervorragenden Chio-Produkten. Denn damit flammt auch die zweite große Nahrungsmitteldebatte früherer Zeiten wieder auf: Die Frage nach dem einzig wahren Ketchup. Im Grunde ist die wiederum ja ziemlich leicht zu beantworten, denn niemand kann ernsthaft behaupten, der überaus schleimige Curry-Ketchup aus dem Hause Hela sei der einzig wahre. Es gibt nicht viele Leute, die dieser Meinung sind (ich habe bisher in meinem ganzen Leben nur einen getroffen). Und wahrscheinlich ist Chio genau an dieser Randgruppe interessiert gewesen, als sie sich Gedanken über neue Chips machten. Das neue Produkt schmeckt nämlich exakt so, als habe man dünne, frittierte Kartoffelscheiben in Schleimi-Ketchup, wie er früher auf Grillfesten von Jugendgruppen gerne genannt wurde, getränkt und in Tüten verpackt. Selbst der süßliche Geschmack ist sehr ähnlich und auch hat man es geschafft, die Chips weder nach Curry noch nach Ketchup schmecken zu lassen.

Es ist unbestritten, dass ein Zusammenhang zwischen dem Hela-Curry-Ketchup und den neuen Chio Chips bestehen muss. Denn wollte man Produkte mit Curry-Geschmack verkaufen, so würde man denen doch eher Namen geben wie „Chips Taj Mahal“ oder „Bombay“ oder „Asia“ oder ähnliches. Wollte man die Chips nur mit Ketchup-Geschmack verkaufen, so wäre eher etwas wie „Americian Style“ angebracht. Der profane Name „Curry-Ketchup“ hingegen lässt lediglich den oben bereits getätigten Schluss zu. Vielleicht hat Hela ja auch Chio aufgekauft. Oder – was noch besser wäre – Hela ist pleite gegangen und Chio hat deren Restbestände an Ketchup aufgekauft. Und anstatt sie einfach zu vernichten, haben sich die ManagerInnen an ihr Gewissen erinnert und für kurze Zeit die Chips auf den Markt gebracht, um uns bald für immer von dem Geschmack zu erlösen...

Vielleicht ist aber auch alles ganz anders und man muss sich doch endlich geschlagen geben und einsehen, warum die meisten FreundInnen immer schon Funny Chips bevorzugt haben.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Ulrik Schrekert (usa), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz